

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Die teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabart nach Tarif, der jedoch bei Abnahme von 100 Exemplaren ermäßigt wird. Erstausgabe Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Die einseitige Seite ober deren Raum 15 Pf., die Restseite 45 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Die einseitige Seite ober deren Raum 15 Pf., die Restseite 45 Pf. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 50

Altensteig, Mittwoch, den 1. März 1933

56. Jahrgang

### Verordnung zum Schutze von Staat und Volk

#### Ausnahmestadium bevorstehend — Schutz des deutschen Volkes vor der kommunistischen Gefahr

Berlin, 28. Febr. Die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag nahm den ausführlichen Bericht des Reichskommissars für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, entgegen. Er bezog sich auf die Vorgänge bei der Brandstiftung im Reichstag und die im Württembergischen Schloss, ferner auf Mitteilungen über das in den unterirdischen Gewölben des Karl-Liebknecht-Hauses gefundenen Materials. Das Reichskabinett wird auf Grund dieser Mitteilungen dem Reichspräsidenten den Entwurf einer Notverordnung zum Schutze des Volkes vor der kommunistischen Gefahr vorlegen. Sie wird weitgehende Eingriffe in die persönliche Freiheit zulassen. Ueber diese Notverordnung berät das Reichskabinett zur Stunde noch. Die Presse wird aber auf den ganzen Ernst dieser Verordnung hingewiesen.

Wie wir weiter erfahren, ist einmündig erwiesen, daß kommunistische Führer mit der Brandstiftung im Reichstag in direktem Zusammenhang stehen, ferner daß die Kommunisten Terrorakte vorbereitet haben, gegen die ein sofortiges Einschreiten mit den allerjüngsten Mitteln sich als notwendig erwies. Es ist festgehalten worden, daß die Arbeit der Propagandisten weitergeht und daß sie zum Teil auch in der Uniform von Polizei, Stahlhelm und SA. auftreten. Der festgenommene Brandstifter hat ausgelegt, daß er auch mit sozialdemokratischen Führern in Verbindung gestanden habe.

Von zuständiger Stelle wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß die Wahlen auf jeden Fall stattfinden werden. Was die Wiederherstellung des Reichstages anbelangt, so wird es etwa ein Jahr dauern, bis die Räumlichkeiten wieder benutzt werden können. Die Ermäugungen darüber, wo inzwischen getagt werden kann, sind im Gange. Die vernichteten Werte werden auf mehrere Millionen RM. geschätzt. Aus diesen ganzen Zusammenhängen ergibt sich der Ernst der Lage, auf den von möglicher Stelle mit allem Nachdruck hingewiesen wird.

Das Kabinett hat am Dienstag seine Beratungen für eine kurze Zeit unterbrochen, um sie nachmittags fortzusetzen. Von unrichtiger Seite verlautet, daß die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nicht beabsichtigt ist, daß die Reichswehr vielmehr nicht in die im Gange befindl. Aktion einbezogen werde. Die Maßnahmen die das Reichskabinett plant, sind aber gleichbedeutend mit dem Ausnahmezustand. Sie richten sich lediglich gegen die kommunistische Gefahr. Es wird noch einmal unterstrichen, daß sie sehr weitgehend sind. In dem Material — Hunderte von Zentnern — das im Karl-Liebknecht-Hause entdeckt wurde, befinden sich, wie die fortlaufende Untersuchung ergibt, geradezu überraschende und ungläubliche Dinge. So sind gefälschte Befehle von Polizeioffizieren festgestellt, die sich z. B. auf den Einsatz von Schnellwagen und dergleichen beziehen. Ebenso wurden gefälschte Befehle von SA- und SS-Führern entdeckt. Es ist in dem Material sogar die Rede von der Anwendung von Gift, Giftvermischung zu Speisen und in Brunnen.

Es ist festgehalten worden, daß der Abgeordnete Münzberg der geistige Vater dieser Terroraktion war. Er ist nicht aufzufinden und konnte deshalb noch nicht verhaftet werden.

Schließlich wird von unrichtiger Seite noch mitgeteilt, daß am Montag abend zwei Leute an den „Vorwärts“ telephoniert haben, der Reichstagsbrand sei von Reichsminister Göring angezettelt worden. Sie haben bei der Vernehmung ausgelegt, daß die Anweisung, eine solche Darstellung zu verbreiten, ihnen vom „Vorwärts“ selbst gegeben worden sei.

#### Der Wortlaut der Verordnung

Berlin, 28. Febr. Die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat, die der Reichspräsident am Dienstag abend unterzeichnet hat, besteht aus sechs Paragraphen und bestimmt auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung zur Abwehr staatsgefährlicher kommunistischer Gewaltakte dem Sinne nach folgendes:

Im Paragraph 1 werden die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungrechts, Eingriffe in Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Beschränkungen des Eigentums zulässig.

Nach Paragraph 2 kann die Reichsregierung, wenn eine Verhinderung sie ganz zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht ergreift, die Exekutive übernehmen. Nach Paragraph 3 haben die Behörden, Gemeinden und Gemeindevorstände einzulassen solchen Befehlen der Reichsregierung Folge zu leisten.

Paragraph 4 sieht Maßnahmen vor für den Fall der Zuwider-

handlung oder Aufforderung oder Anreizung zur Zuwiderhandlung gegen solche Anordnungen, und zwar wird Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat oder Geldstrafe von 150 bis 15 000 RM. festgesetzt. Wer durch Zuwiderhandlungen Gefahr für ein Menschenleben heraufbeschwört, wird mit Zuchthaus nicht unter sechs Monaten, bei mildernden Umständen mit Gefängnis bestraft. Wenn durch Zuwiderhandlung der Tod verursacht wird, wird mit dem Tode gestraft, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren. Daneben kann Vermögensenteignung eintreten.

Nach Paragraph 5 sind mit dem Tode zu bestrafen die Delikte, die im Strafrechtbuch festgelegt sind in den Paragraphen 181 (Hochverrat), Paragraph 229 (Giftbeibringung), Paragraph 307 (Brandstiftung), Paragraph 311 (Explosion), Paragraph 312 (Uberschwemmung), Paragraph 307 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), Paragraph 224 (gemeingefährliche Vergiftung). Bis her wurden viele Delikte mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Nach Paragraph 6 wird mit dem Tode oder, soweit nicht schwere Strafen ohnehin gegeben sind, mit lebenslänglichem oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft: 1. wer den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten versucht oder zur Tötung auffodert oder sich erbeitet, ein solches Erbiten annimmt oder mit anderen verabredet; 2. wer in den Fällen des Paragraph 115 Abs. 2 des Strafrechtbuches (schwerer Raub), Paragraph 125 Abs. 2 (schwerer Landraub) die Tat mit Waffen oder durch Zusammenwirkung mit Bewaffneten verübt; 3. wer Freiheitsberaubung in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geiseln in politischen Kämpfen zu bedienen. Die Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

#### Eklärung des preussischen Innenministeriums zur Notverordnung gegen die kommunistische Gefahr

Berlin, 1. März. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Innenministerium des Innern erklärt zu der Notverordnung der Reichsregierung gegen die kommunistische Gefahr vom 28. 2., daß in ihr verschiedene Verbrechen unter besonders schwere Strafen gestellt seien. Aus Gründen einer voll erwiesenen großen und akuten Gefahr und eines unmenüchlichen und sorgfältig vorbereiteten Systems maßlosen kommunistischen Terrors soll Deutschland in das Chaos des Bolschewismus gestürzt werden. Mordanschläge gegen einzelne Führer des Volkes und Staates, Attentate gegen lebenswichtige Betriebe und öffentliche Gebäude, Vergiftung ganzer Gruppen besonders gefährdeter Personen, das Abfangen von Geiseln von Frauen und Kindern hervorragender Männer sollten Furcht und Entsetzen über das Volk bringen und jeden Widerstandswillen des Bürgertums lähmen.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium des Innern, Reichsminister Göring, wird in aller- kürzester Frist der Öffentlichkeit die Dokumente vorlegen,

die die Notwendigkeit aller getroffenen Maßnahmen belegen. Es findet lediglich noch eine Sitzung des überaus umfangreichen Materials statt sowie eine letzte Prüfung im Hinblick darauf, daß durch die Veröffentlichung die Staatsicherheit nicht noch mehr gefährdet werden darf.

#### Die Morgenpresse zur Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat

Berlin, 1. März. Die Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat wird von der gesamten Morgenpresse der Reichshauptstadt lebhaft kommentiert und von den der Regierung nachstehenden Blättern auf das Wärmste begrüßt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, das Verbrechen der Brandstiftung im deutschen Reichstag zusammen mit den gleichzeitigen Enthüllungen über den geplanten bolschewistischen Umsturz werde den Parteien, die den Anschluß an die Regierung der nationalen Konzentration verweigerten, vor allem Zentrum und Bayerische Volkspartei, vor Augen führen, daß es heute in Deutschland nur noch ein Entweder-oder gebe, nämlich ein Links oder Rechts.

Von der oppositionellen Presse enthalten sich das „Berliner Tageblatt“ und der „Börsenkurier“ eines Kommentars, während die „Völkische Zeitung“ darauf hinweist, daß eine derartige Verordnung schon einmal — und zwar am 26. 10. 1923 — erlassen worden ist, durch die aber die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister übertragen worden sei. Diesmal erhalte die Reichsregierung die Befugnis, Rechte, die nach der Verfassung einer Landesregierung zuständen, an deren Stelle auszuüben. Vom Standpunkt der herrschenden Lehre, so meint das Blatt, sei staatsrechtlich gegen eine solche Kompetenzübertragung nichts einzuwenden.

Die „Germania“ appelliert an die Ruhe und Besonnenheit von Volk und Regierung. Das deutsche Volk werde in seiner überwältigenden Mehrheit die Reichsregierung in allen Maßnahmen unterstützen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in diesen kritischen Stunden notwendig und geeignet seien. Es habe den dringenden Wunsch, eine baldige und völlige Aufklärung über die Vorgänge dieser Tage, ihrer Hintergründe und über die Schuldigen zu erhalten.

Der „Kölnische Anzeiger“ unterstreicht die Bedeutung der Verordnung, indem er betont, daß alle Möglichkeiten zur Verfolgung der Terroristen gegeben seien.

Der „Tag“ weist darauf hin, daß der Staatsnotstand dem Eingriff in das deutsche innenpolitische Leben durch die neue Notverordnung zu einer gebieterischen Pflicht mache. Nur eine Nationalregierung könne ein so scharf schneidendes Instrument richtig handhaben, nur der Zustand der akuten Gefahr mache solche Maßnahmen vertretbar. Es dürfe nicht bei der Abwehr bleiben, sondern der Staat müsse die rote Wühlerei überhaupt unmöglich zu machen versuchen.

Die „Börsenzeitung“ begrüßt die neue Notverordnung rückhaltlos. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich, so schreibt das Blatt, um das Vaterland verdient gemacht, indem sie rasche und ganze Arbeit geleistet hat. Aufgabe des nationalen Volkes sei es nun, der bolschewistischen Giftschlange den Kopf zu zerschneiden.

Die „Kreuzzeitung“ stellt vor allem dem Reichsminister Göring ob seiner entschlossenen Maßnahmen ein besonderes Lob. Unter seiner Führung sei im letzten Augenblick der Untergang abgewendet worden.

Der „Kölnische Beobachter“ begrüßt die neue Notverordnung, die dem Bedürfnis des gesamten deutschen Volkes entgegenkomme. Die letzten Ereignisse haben wohl, so schreibt das Blatt, jeden mit furchtbarer Deutlichkeit gelehrt, wozu der Weg führt, wenn nicht endlich ein Trennungsschritt gezogen wird zwischen dem deutschen Volk und all jenen Kräften, die dem Marxismus nahestehen. Für Subjekte, die sich nicht freudig und selbstverständlich zur deutschen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft bekennen und die von der Internationalen Befehle entgegennehmen, gibt es keine Freiheiten und keine Rechte mehr im neuen deutschen Staat. Die Regierung beantrage jetzt das Recht, gegen all jene Kräfte rücksichtslos vorzugehen, die offen oder verschwiegen der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und dem Marxismus in den Rücken fielen.

### Zum Brand des Reichstagsgebäudes

#### Der Bericht über die amtliche Untersuchung

Berlin, 1. März. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Die bisherige amtliche Untersuchung der großen Brandstiftung im Gebäude des Deutschen Reichstages hat ergeben, daß allein zur Herbeischaffung des Zündmaterials mindestens sieben Personen notwendig gewesen sind, während die Verteilung der Brandherde und ihre gleichzeitige Entzündung in dem riesigen Hause mindestens zehn Personen erfordert haben muß. Ganz zweifellos sind die Brandstifter so vollkommen mit allen Einzelheiten des weitläufigen Gebäudes vertraut gewesen, daß nur ein jahrelanger ungehinderter Verkehr diese sichere Kenntnis sämtlicher Räume ergeben haben kann. Dringender Tatverdacht besteht deshalb gegen die Abgeordneten der kommunistischen Partei, die sich ganz besonders in der letzten Zeit auffallend häufig unter den verschiedensten Anlässen im Reichstage zusammenfanden. Aus dieser Vertrautheit mit dem Reichstagsgebäude und der Dienstleistung der Beamten erklärt sich auch die Tatsache, daß vorläufig nur der auf früherer Tat erkappte holländische Kommunist ver-

haftet werden konnte, da er in Unkenntnis der Räumlichkeiten nach begangener Tat nicht mehr fliehen konnte. Der Verhaftete, der auch in Holland als besonders tabifal bekannt ist, hat den Verhandlungen des kommunistischen Aktionsausschusses ständig beigewohnt und durchgeleitet, daß er zu der Brandstiftung hinzugezogen werde.

Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß drei Augenzeugen einige Stunden vor Ausbruch des Brandes den verhafteten holländischen Täter in Begleitung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen in den Gängen des Reichstages gesehen haben. Ein Irrtum der Augenzeugen ist bei dem Aussehen des Brandstifters unmöglich. Da weiterhin der Abgeordneteineingang des Reichstages um 8 Uhr abends geschlossen wird, die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen sich jedoch gegen halb 9 Uhr ihre Garderobe in ihre Zimmer bringen ließen und erst gegen 10 Uhr durch ein anderes Portal den Reichstag verließen, besteht gegen diese beiden Kommunisten



bringender Tatverdacht. In dieser Zeit ist nämlich der Brand angelegt worden.

Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll. Er hat allerdings durch seinen Rechtsbeistand in dem Augenblick um freies Geleit gebeten, als er erkannte, daß ein Entkommen unmöglich geworden war. Das freie Geleit wurde abgelehnt und der Abgeordnete Torgler verhaftet.

Die Verhüllung des Brandstifters

Das Conti-Büro meldet: Der holländische Kommunist, der den Reichstag in Brand gesetzt hat, heißt von der Witbe und kommt aus Leiden. Er ist 24 Jahre alt und ist mittelgroß. Gestrichelt war er mit einem dunklen Arbeitsanzug und einer Pelzhaube. Er wurde gegen 9 Uhr festgenommen. Er hat ein volles Gesicht abgesetzt und gibt als Benennung seiner Tot-Nachricht an internationalen Kapitalismus an. Er hat ferner gestanden, auch den Brand im Schloss anzuheben zu haben. Er weigert sich, über seine Ausstrassegeber und seine Mitläufer sich zu äußern. Nach Auskunft der Amsterdamer Polizei ist der Täter von der Witbe in Leiden am 13. Januar 1909 geboren und Maxime von Gernl. Im April 1931 habe er in Leiden einen Job nach Nürnberg angefordert. Seitdem habe man in Holland nichts mehr von ihm gehört. Er sei in Leiden als Kommunist bekannt gewesen.

Geheimrat Galle über die Brandstiftung

Berlin, 28. Febr. Ueber die Bewachung des Reichstages gibt der Direktor des Reichstages, Geheimrat Galle, folgende Auskunft: Am 10. Ubr abends wird der Reichstag von zwei Nachtwächtern bewacht. Der erste von ihnen tritt seinen Dienst um 8 Ubr an. Zwischen 8 und 10 Ubr ist also nur ein Wächter im Hause, und zwar deshalb, weil zu dieser Zeit gewöhnlich noch derselbe reue Betrieb herrscht wie am Tage; die Stimmungen liegen in der Regel erst später zu schließen. Von 10 Ubr ab ist dauernd ein Wächter auf dem Rundgang durch das ganze Gebäude. Alle Geschosse werden genau kontrolliert. Kehrt der Wächter zurück, so übernimmt er die Wache unten und sein Kollege löst ihn auf dem Rundgang ab. Der Brand ist vor 10 Ubr abends angelegt worden. Für Verbrecher ist es ein Verstoß, unter dem Vorwand, einen Abgeordneten zu sprechen, oder als Minister oder etwas Ähnliches zum Geheimrat zu sprechen, in das Haus einzudringen und sich verborgen zu halten. Er kann gar nicht weiter durchgelassen werden, jedoch das Verhalten des Hauses kontrolliert wird; dafür reicht bei den vielen Besuchern im Reichstag das Personal gar nicht aus. Geheimrat Galle hat den Verhafteten gefragt, wie er ins Haus gekommen sei. Er hat aber keine Antwort gegeben. Als der Brand entdeckt wurde war das zum Tiergarten hin gelegene Portal 2, das von den Abgeordneten benutzt wird, bereits geschlossen und nur noch das entgegengelegte Portal 5 geöffnet, durch das Besucher und Besucherinnen zu kommen pflegen.

Ein Gang durch den brennenden Reichstag

Eine Zeit vor Mitternacht wurde einer Reihe von Pressevertretern gestattet, unter Führung des Reichstagspräsidenten zu betreten. Gleich das Gefühl, das man nach Verlassen von Portal 2 heftig ein Eindruck von der Arbeit der Feuerwehrt. Die Reihe der metallenen Ritterschritte an den Wänden wie überhaubit die breite Freitreppe im Innern und der ganze Raum — alles das ist unerleuchtet, aber es fängt sich ein Geleitz von Schandlichtern und Kacheln einer Feuerwehrt. Aus der Wandelhalle dringt heizender Qualm. Vom Brand direkt ist hier noch nichts zu sehen. Der rote Teppich ist unerleuchtet, die Wandelhalle ist hell erleuchtet, die Beleuchtung funktioniert hier also noch. In der Mitte des Rundlaufs der Wandelhalle steht wie immer das Denkmal Kaiser Wilhelms I. Auch die Fahne ist verlehnt, obwohl das Feuer bis wenige Meter von hier geweht hat. Gleich beim Betreten der Wandelhalle aber steigt schon ein Blick durch das erste Fenster rechts, das aus einer Binnenhöhe führt, daß das Feuer noch immer wütet. Ein Fenster im Zwischenhof ist rotglühend erleuchtet, es brennt noch in der Abstrahlung, in der die Presse ihre Arbeitszimmer hat. Im Restaurant bekommt man einen Begriff von der unheimlichen Arbeit des Brandstifters. Er hat die höckerne Wandtreppe gleich rechts an der Eingangstür neben dem Hülsen in Brand gesetzt. Das ist ihm offenbar mit Hilfe des Bordgangs gelungen. Rederer Quadratmeter der schönen Wandtreppe sind verbrannt. Die Feuerwehrt hat jetzt halb verholzte Stübe herausgerissen, um ein weiteres Umschreiten des Feuers an dieser Stelle zu verhindern. Das Restaurant ist dann im übrigen auch vollkommen erdöten geblieben.

Dagegen bekommt man einen grauenhaften Eindruck, wenn man über das Durchsicheren der Schlußleitungen an den Sitzungssaal heranzieht. Rings um den großen Sitzungssaal befindet sich ein Umgang, in dem die Abgeordneten sonst zusammenzufinden pflegen. Hier sind Sessel, Sofas und Tische. An den Sitzungsplätzen sieht man die Abgeordneten hier Besuche empfangen, sich einen Augenblick ausruben und Briefe diktieren. Jetzt ist hier ein dres Trümmerfeld. Der Fußbodenbelag triefet von Wasser. Man muß an manchen Stellen durch tiefe Pfützen waten. Am härtesten ist der Teil des Umganges mitgenommen, der sich hinter dem Präsidentensitz befindet. Im Sitzungssaal selbst ist nichts zu erkennen als Zerkörung. Der riesige Raum ist ein einziges brodelndes Meer von Rauch und Dampf. An der Pressetribüne stürzen noch einzelne Flammen empor. Auf der entgegengesetzten Seite, wo sich in gleicher Höhe die Logen befinden, die der Reichsregierung, den Abgeordneten und den Diplomaten vorbehalten sind, ist ein Teil eingeschürzt. Die Holzteile sind verbrannt, Trümer und Schläge herabgestürzt. Nichts ist zu erkennen von dem Gestühl der Abgeordneten, die die tiefer liegende Bodenfläche ausgefüllt haben. Durch Qualm und Rauch sieht man nur in ein riesiges schwarzes Loch hinein. Zu ihm gebürt auch der Teil des Sitzungssaales, der einst erhöht war und wo die Plätze des Präsidenten und der Schriftführer, die Bänke der Reichsregierung und des Reichsrates waren. Dieser ganze Raum ist radikal abgebrannt und zertrümmert. Gespenstisch stehen zumellen noch immer von der Decke her wilde Funken durch diesen Raum des Grauens. Davon leut in dem Umgang genau hinter dem Sitz des Präsidenten unter der Decke ein eilerner Querträger Zeugnis ab, der von der Höhe wie ein Guleien zerbrochen ist.

In der schönen Vorhalle, an die sich die Zimmer des Reichstagspräsidenten, des Reichstagspräsidenten und des Außenministers anschließen, bekommt man ein Bild von der zallinierten Leucht der Brandstiftung. Der Verbrecher hat das Feuer an eine Tür

gelegt und mit dem Brennstoff auf dem Teppich eine Bahn nach der nächsten Tür gezogen, damit auch sie erleuchtet wurde. Er wollte auf diese Weise offenbar Durchgang verschaffen, um das Feuer weiterzutreiben.

Man kann auch von dieser Seite des Gebäudes her in einen Binnenhof sehen und erkennen, wie es im Zwischenhof immer noch brennt. Hier ist allerdings kein grell erleuchtetes Fenster mehr. Aber es brodelt immer noch ein Gemisch von Rauch und Funken heraus und in den Räumen sind Feuerwehrtente bei ihrer schweren Arbeit. Auf einem der äußeren Fensterbänke kniet ein Feuerwehrtente, der sich am Fensterkreuz lehnt. Es wirkt grotesk für den Beschauer, wie er an dieser gemaltigen Brandstätte durch den Rauch hindurch von außen der seinen Kameraden mit einer Fackel leuchtet.

Sucht man nun Lösungen die Bittung der Zerstörung zu ziehen, so ergibt sich: Erhalten sind die Räume, die nach außen liegen. Zerstört ist der Mittelteil, also vom Sitzungssaal an bis zur nächsten Kuppel, die während des Brandes glühend rot weit in den Tiergarten hinein leuchtet.

Einzelheiten zum Brand im Reichstagsgebäude

Was die Brandstiftung im Reichstag anbetrifft, so ist einwandfrei nach dem Bericht des Reichsministers Göring der Beweis dafür gefunden worden, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Torgler nicht nur mit dem festgenommenen holländischen Kommunisten sondern mit mehreren Brandstiftern einige Stunden im Reichstag zusammengewesen ist. Die Pläne der anderen Brandstifter ist offenbar dadurch zu erklären, daß diese durch die unter dem Reichstagsgebäude befindlichen Gänge für die Heizungsanlagen nach dem Wohngebäude des Reichstagspräsidenten entkommen konnten. Drei vom Reichsminister Göring dem Reichskabinett vorgelegene Einzelheiten, die selbstverständlich nur ein Teilausschnitt aus dem ganzen Bericht sind, haben dazu beigetragen, daß die Reichsregierung die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat dem Reichspräsidenten unterbreitet hat.

Ein Schreiben des Reichstagspräsidenten an Reichsminister Göring

Berlin, 28. Februar. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Reichstagspräsident Adolf Hittler hat an den Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, folgendes Schreiben gerichtet:

Bei dem ruchlosen Anschlag, der gestern von kommunistischer Verbrecherhand gegen das Gebäude des Deutschen Reichstages verübt wurde, haben der rasche Einsatz der Berliner Feuerwehrt, die umsichtige Leistung und die aufopfernde Tätigkeit der einzelnen Wehrtmänner dazu geführt, daß die drohende Gefahr der völligen Vernichtung des Gebäudes im Laufe weniger Stunden gebannt und das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Nicht minder hat das lakräftige Einschreiten der Polizei bewirkt, daß sich die Vorkarbeln ungehindert vollzogen und die Verfolgung der verbrecherischen Tat erfolgreich ausgenommen wurde. Ich nehme gern Anlaß, allen an dem Rettungswelt Beteiligten meinen besonderen Dank und meine warme Anerkennung auszusprechen, und ich bitte Sie, Herr Minister, diesen Dank der Berliner Feuerwehrt und Polizei zur Kenntnis zu bringen. Adolf Hittler.

Nicht verlehrt!

Berlin, 28. Febr. In der Brandstiftungsaffäre im Reichstag wird dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. in unterrichteten Kreisen noch erklärt, daß weder der Reichstag noch der Preussische Landtag irgendwie gegen Feuerhändchen verlehrt seien. Abgesehen von der Zweifelsfrage, ob im Falle einer derartigen Brandstiftung überhaupt die Versicherungsgesellschaft noch haltbar gemacht werden könnte, scheint man in den zuständigen Stellen der Ansicht zu sein, daß die Versicherung derartiger Reichs- oder Staatsgebäude so hohe Prämienkosten verursachen müßte, daß eine ungetrübte Belastung der öffentlichen Ausgabenverhältnisse entstehen würde. Man weiß darauf hin, daß beispielsweise die Prämienhöhe, die für den Reichstag zu entrichten gewesen wären, bei einer nach seiner Fertigstellung ausgenommenen Feuerversicherung heute schon fast das Doppelte der Gesamtaufgaben des Reichstages umfaßt hätte. Auch gehören ja derartige Katastrophen in Parlamentsgebäuden zu den größten Seltenheiten. Der Reichstagspräsident wird infolge dieser Verhältnisse den bei dem Brande entstandenen Schäden selbst tragen müssen, falls es ihm nicht irgendwie möglich ist, andere Stellen für den Schaden haftbar zu machen.

Oberreichsanwalt Berner in Berlin

Berlin, 28. Febr. Oberreichsanwalt Berner ist, wie wir erfahren, am Dienstag mittag in Berlin eingetroffen, um persönlich die Ermittlungen in der Angelegenheit des Reichstagsbrandes zu leiten.

Der Parteivorstand der SPD. 'chärt

Berlin, 28. Febr. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei übergibt der Öffentlichkeit folgenden Beschluß:

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar wurde die gesamte sozialdemokratische Presse in Preußen für vierzehn Tage verboten. Das Verbot wird mit der Behauptung begründet, ein verhafteter Mann habe gestanden, den Brand im Reichstag gelegt und zwar in einer gewissen Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei gefunden zu haben. Die Annahme, die Sozialdemokratische Partei hätte irgendwie mit Verun zu tun, die den Reichstag in Brand setzen, wird von der Partei entschieden zurückgewiesen.

Die Polizeifakten in Preußen

130 Personen in Berlin in Schußhaft genommen

Berlin, 28. Febr. Im Verlaufe der großen polizeipolitischen Aktion, die sofort nach der Entdeckung des Brandes im Reichstagsgebäude eingeleitet worden war, hat sich die Zahl der in Schußhaft Genommenen auf etwa 130 Personen erhöht. Bei den Festgenommenen wurde umfangreiches Druckschriften- und Flugdruckschriftenmaterial vorgefunden, das beschlagnahmt wurde und von politischen Beamten einer eingehenden Sichtung unterzogen wird. Unter den Verhafteten befinden sich sehr viele Mitglieder der RSD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Unter anderen sind festgenommen die Reichstagsabgeordneten Torgler, der sich selbst gesteht hat, und Kammer der kommunistische Stadtrat Schmitz, der Berliner Stadtrat Dr. Sobann, die Rechtsanwältin Dr. Apfel, Vitz und Vachsch, die Schriftsteller Erich Mühsam und Ludwig Renn, Professor Felix Halle, Lehmann-Rahlstedt,

eine führende Persönlichkeit der Liga für Menschenrechte, ferner Hans von Zwickl, Friedrich Heintz, Bernhard Rubinlein, von Ostf. Paul Trube, Wilhelm Wittkowski Walter Stöder.

Ebenso wie in Berlin wurden in ganz Preußen die Aktionen durchgeführt nachdem durch Polizeifunk alle Polizeistationen verständigt worden waren. Gegen die Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei ist Haftbefehl erlassen worden und es dürfte im Augenblick bereits eine Reihe weiterer Verhaftungen vollzogen sein. Ein Teil der Parlatentare der SPD hat sich allerdings der Verhaftung durch Flucht entzogen, doch werden alle Grenzen sehr überwacht, so daß es den Flüchtigen kaum gelingen dürfte, Deutschland zu verlassen.

Die Polizeistation im 'Vorwärts'-Gebäude war, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, dadurch veranlaßt worden, daß der politischen Polizei zu Ohren gekommen war, daß der 'Vorwärts' die Schuld an der Brandstiftung im Reichstagsgebäude Nationalsozialisten zuschieben wollte während das Gegenteil bereits amtlich festgestellt war. Bei der Durchsichtung des 'Vorwärts'-Gebäudes und der Beschlagnahme der in Druck befindlichen Nummer des 'Vorwärts' wurden noch weiter beschlagnahmt: 125 000 Exemplare einer Werbenummer, 90 000 Stück eines Flugblattes, 28 000 neue Mitglieder, 3500 Exemplare des Wochenblattes 14 000 Exemplare der Zeitschrift 'Der Kommunist' und 17 000 Exemplare der Zeitschrift 'Einigkeit'. Die Vernehmung der Verhafteten und Festgenommenen ist mit großem Beamtenaufgebot immer noch im Gange.

Keine Abrüstung der Kolonialtruppen

Genf, 28. Febr. Im Hauptauschuß lehnten die Vertreter der Kolonialmächte, auch England und Holland, einstimmig die Einschränkung einer einheitlichen Heerorganisation mit kurzer Dienstzeit und beschränkter Effektivbeständen für die Kolonialtruppen ab. Rujs schärfte sprach sich in diesem Sinne der Vertreter Frankreichs aus.

Botschafter Radoux legte noch einmal grundsätzlich den deutschen Standpunkt dar. Er betonte, daß es notwendig sei, die Kolonialtruppen in das vorgeschlagene Problem einzubeziehen, mindestens aber die Kolonialtruppen, die im Heimatlande selbst oder in der Nähe stationiert sind. Er stellte fest, daß etwa die Hälfte der französischen Armees Kolonialtruppen bestche, die entweder in Frankreich selbst oder in der Nähe untergebracht seien. Im Weltkrieg sei beinahe eine Million Kolonialtruppen von Frankreich ins Feld gestellt worden. Erschwerend komme hinzu, daß diese Truppen durchaus zur Verwendung auch außerhalb der Kolonien ausgehört wurden. Den gleichen Standpunkt vertrat der Vertreter Italiens, Soragna. Es wurde schließlich mit 17 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Einzelfragen sowie den Gesamtkomplex der Frage der Wehrrückende vorläufig im Hauptauschuß nach der grundsätzlichen Seite weiter zu diskutieren.

An der Spitze der Fragen, die vom Hauptauschuß nunmehr weiter verhandelt werden, steht die Frage der vorantilitärischen Ausbildung.

Genfer Formel über Verzicht auf Gewaltanwendung

Genf, 28. Febr. Ein Ausschuß der politischen Kommission der Abrüstungskonferenz trat zusammen, um zu der Formel über den Verzicht auf Gewaltanwendung Stellung zu nehmen. Die von dem Ausschuß gebilligte Formel, die nunmehr der politischen Kommission zur Annahme zugestellt wird, lautet:

„In dem Wunsche, die Sache der Abrüstung zu fördern, indem sie den Geist gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern Europas durch eine Erklärung stärken und ausdrücklich den Gebrauch von Gewalt unter den Umständen unterliegen, wo der Volk von Parts den Krieg unterlag, befähigen die Regierungen von neuem ausdrücklich, daß sie unter keinen Umständen zur Gewalt als Werkzeug nationaler Politik greifen werden.“ Diese Erklärung entspricht den Vereinbarungen auf die sich schon die fünf Großmächte am 11. Dezember geeinigt haben. Sie erweitert die Verpflichtungen des Kellogg-Pactes insofern, als jetzt klar ausgesprochen wird, daß auch die Anwendung von Gewalt als Mittel der nationalen Politik unterlag wird.

Französische Enthüllungen

Die Belforter 'Spionage'

Paris, 28. Febr. In einer Spionageangelegenheit (ein französischer Offizier in Belfort ist beschuldigt, ein wichtiges Schriftstück Deutschland in die Hände geleitet zu haben) werden jetzt neue Einzelheiten bekannt. Die französische Presse behauptet, daß sich das Schriftstück in Deutschland befindet.

Paris, 28. Febr. Die Entdeckung der Hirttenberger Angelegenheit läßt den französischen Nationalisten keine Ruhe. 'Echo de Paris' veröffentlicht schon wieder neue Enthüllungen, die angeblich aus ausländischer Quelle kommen und für deren Richtigkeit sich das Blatt verbürgt. Hiernach soll Italien 135 000 Kilo Gramm Giftgas nach Ungarn geliefert haben. Die letzte Sendung soll am 7. Dezember also kurz vor Aufdeckung der Hirttenberger Angelegenheit geschickert sein. Nach den Behauptungen des französischen Blattes ist das Giftgas auf dem gewöhnlichen Eisenbahnweg beschickert worden, und zwar sei es geliefert worden von zwei Fabriken in Mailand und einer dritten in Soona, wo zur Zeit in Eis- und Kachschichten gearbeitet werde.

Ein Vertreter des 'Journal' hatte eine Unterredung mit dem abgeordneten österreichischen Eisenbahndirektor Seefelner und dem österreichischen Industriellen Mandel, die mit der Hirttenberger Angelegenheit in Verbindung gebracht wurden. Seefelner beteuerte sein Unschuld. Er habe dem sozialistischen Abgeordneten König nur deshalb Geld für die Gewerkschaften angeboten, um Verzug durch Eisenbahnangelegenheiten in Zukunft zu verhindern. Alle übrigen Behauptungen seien falsch. Wenn er seine Enthüllung ohne Widerpruch angenommen habe, so sei es geschehen, um die österreichische Regierung nicht in Verlegenheit zu setzen. 'Es gibt Augenblicke' so jagt er, 'wo man sich opfern muß.'

Auch jetzt noch

Können Sie für den Monat März die 'Schwarzwälder Tageszeitung' bestellen!



# Kein Waffenexport aus England

London, 28. Febr. Außenminister Sir John Simon gab im Unterhaus die Erklärung ab, die Regierung habe beschlossen, daß solange die Fesselfrage nicht gelöst sei, Ausfuhrerlaubnis für Mittel, die in dem Gesetz über den Waffenexport vom Jahre 1911 erwähnt seien, weder nach China noch nach Japan erteilt werden sollten.

„Daily Telegraph“ sagt zu dem Waffenexportverbot, es werde nicht beabsichtigt, das Ausfuhrverbot unbegrenzte Zeit in Kraft zu setzen. Wenn andere Regierungen der moralischen Hilfe Großbritanniens nicht folgen, werde die Lage von neuem geprüft werden. Auch „Times“, hebt hervor, daß es sich um eine zeitweilige Maßnahme handle. Das Blatt stellt fest, daß die Mitteilung S i m o n s im Unterhaus keine mehr überrascht habe, da bisher immer von internationalen Vorgehen gesprochen worden war. Allerdings bestreite leider wenig Aussicht darauf, daß die Vereinigten Staaten, auf die es in dieser Sache besonders ankomme, einen ähnlichen Schritt tun würden.

Reuter meldet aus Peking: Die Nachricht, daß Großbritannien keine neuen Bestellungen auf Kriegsmaterial für Japan und China mehr annehmen wird, hat in hiesigen chinesischen Kreisen Erbitterung hervorgerufen, da diese Maßnahme als eine direkte Unterstützung J a p a n s betrachtet wird. Die Chinesen erklären: Die Japaner sind bis zu den Zähnen bewaffnet, während China in bezug auf Rüstungen von der Hand in den Mund lebt und so viel Kriegsmaterial kaufen muß, als seine Geldmittel jeweils erlauben.

# Neues vom Tage

## Neuregelung der Zölle für Käse und Eier

Berlin, 28. Febr. Das Reichskabinett hat sich mit der Neuregelung der Zölle für Käse und Eier befaßt. Der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg vorgelegene Entwurf der deutschen Erzeugnisse wurde genehmigt. Die beteiligten Reichsvereine sind ermächtigt worden, die Einzelheiten der Neuregelung auszuarbeiten und dabei auch auf die Lage der handelspolitischen Beziehungen Bedacht zu nehmen. Die Veröffentlichung der beschlossenen Maßnahmen wird in Kürze erfolgen.

## Reichskunstwart „beurlaubt“ — Das Amt wird aufgelöst

Berlin, 28. Febr. Der Reichskunstwart Dr. Erwin Redlob ist wie das „Berliner Tageblatt“ hört, vom Reichsinnenministerium mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden; den Angestellten seines Büros wurde gleichzeitig die Kündigung ausgesprochen. Damit ist das Amt eines Reichskunstwartes, wenigstens vorläufig, abgeschafft.

## Reichsrat einberufen

Berlin, 28. Febr. Der Reichsrat war gerade am Tage der Brandkatastrophe im Reichstag zu seiner Vollziehung für Donnerstag, den 2. März, nachmittags, einberufen worden, und zwar in der üblichen Weise in die Reichsratsräume im Reichstagsgebäude. Da die Arbeitsräume im Reichstagsgebäude vorläufig unbrauchbar sind, wird die nächste Vollziehung im alten Bundestagsaal im Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes, Wilhelmstraße 74, abgehalten.

## Polizeimaßnahmen in Sachsen — Alarmzustand

Dresden, 28. Febr. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist für die gesamte sächsische Polizei Sachsens der Alarmzustand angeordnet worden. Ferner hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, wonach das Sammeln von Geld- oder Sachspenden für die kommunistische Partei, sowie ihre Hilfs- oder Nebenorganisationen im Freistaat Sachsen verboten werden.

## Verbot der „Münchener Neuesten Nachrichten“ für unzulässig erklärt

München, 28. Febr. Wie wir erfahren, hat das Reichsgericht das Verbot der „Münchener Neuesten Nachrichten“ für unzulässig erklärt.

## Professor Humboldts Refus als unbegründet zurückgewiesen

Heidelberg, 28. Febr. Eine amtliche Mitteilung des Rektors der Universität Heidelberg besagt: „Durch Entscheidung des Dekans der Fakultät für die Rechte vom 31. Januar/27. Februar 1932 ist der Refus des nicht planmäßigen außerordentlichen Professors Dr. Humbold gegen die Entziehung der Lehrtätigkeit ausgesprochene Entscheidung des dahiesigen Unterrichtsministeriums vom 2. August 1932 als unbegründet zurückgewiesen worden. Dem Bescheidführer fallen die Kosten des Refus zur Last.“

# Aus Stadt und Land

Altensteig, den 1. März 1933.

**Neuer Schnee.** Für den von der Sonne weggeschmolzenen Schnee fiel gestern abend bzw. heute nacht ergiebiger Neuschnee und zauberte über die ganze Natur eine wundervolle weiße Decke.

**D. L.-Skivettkampfs im Langlauf.** Bei genügender Beteiligung und geeigneten Schneeverhältnissen wird am kommenden Sonntag ein Skivettkampf im Langlauf in drei Altersklassen ausgetragen. Beteiligung offen für jedermann.

**Ständchen.** Der „Niederkrantz“ brachte gestern abend seinem Ehrenjänger Heinrich Bühler, Schneidemeister, ein Ständchen. „Lobe den Herren“, „Der Rosenfrühling“ und „Wenig begehrt ich im Leben“ erklangen dem Jubilar anlässlich seiner 25jährigen Sängertätigkeit zu Ehren. Zum gemütlichen Teil bereiteten sich die Sänger noch im „Bod“, wo auch unsere Alten, im Liebesewig jungen Ehrenjängerherzen, heimeligen Chören lauschten, insbesondere aber wohl unser 70jähriger Ehrenjänger Louis Rofler. Ihnen allen widmete Vorstand Wigemann freundliche Worte der Anerkennung.

**Neue Karten des Statistischen Landesamts.** Von der Karte des Deutschen Reiches 1 : 100 000 (der alten „Generalkarte“)

ist Blatt 604 Calw nach 25 Jahren zum erstenmal wieder ganz eingehend berichtigt worden. Der Reindruck weist gegenüber der bisherigen Ausgabe zahlreiche Änderungen namentlich im Wegnetz auf. Das Blatt reicht im Norden bis Wildbad, im Osten bis Gedingen, Oberhofen, Bendorf, im Süden bis Baiersbrunn, Schillingen, im Westen bis zum Murgtal. Es ist in zwei Ausgaben: einfarbig und vierfarbig (mit blauen Gewässern, grünen Wäldern und roten Wanderwegen) zu haben. Auch das „Einheitsblatt 145“ im Maßstab 1 : 100 000 ist vollständig neu bearbeitet worden. Es umfaßt ein großes Landschaftsgebiet: im Norden bis Wildbad, Weilerstadt, Schillingen, im Osten bis Rüringen—Rohstetten, im Süden bis Garmetzingen, Balingen, im Westen bis Schiltach, Baiersbrunn und Weisenbach im Murgtal. Die Karten seien den Bezirksbehörden, Gemeinden, Schulen und Wanderern zum Bezug bestens empfohlen. Es kostet Blatt Calw einfarbig 0,45 M., vierfarbig 0,70 M., das Einheitsblatt 1,25 M. Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauf in Altensteig und Nagold.

**— ep. Evangelischer Bund und Parteipolitik.** Von der Leitung des Württ. Hauptvereins des Evang. Bundes wird uns folgendes mitgeteilt: „Wir stellen mit Nachdruck fest, daß der Evangelische Bund seine Selbständigkeit gegenüber den politischen Parteien unbedingt zu wahren hat. Wir sind überzeugt, daß eine Stellungnahme zu den Vorgängen im politischen Leben durch diese Selbständigkeit für den Bund nicht ausgeschlossen ist, sondern durch seine Aufgabe unabweisbar von ihm gefordert wird. Im Dienste der Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen hat er mit im Kampfe zu stehen wider alles, was die durch die Reformation erneuerten und vertieften geistigen Grundlagen deutschen Volkslebens zu zerstören droht, und für alles einzutreten, was in der grundsätzlichen Einstellung und praktischen Betätigung der politischen Parteien der Gelandung und Erhaltung des deutschen Volkes in der Kraft des Evangeliums dienlich ist.“

**— Mihermittwoch.** Der Raub der Postnacht ist verflohen, die Nacht verstrickt, die Mästen geklopft, die bunten Kostüme abgestreift. Der graue Alltag ist wieder zu seinem Recht gekommen. Eindrücklich machend verkünden die hallenden Klänge der Kirchenglocken den Anbruch des Mihermittwoch, den Beginn der Fast- und Fastenzeit des Kirchenjahres. In der katholischen Kirche wird an diesem Tage eine eindrucksvolle Zeremonie gefeiert. Auf dem Altar steht eine Schale mit grauem, unscheinbarem Inhalt. Der Priester im dunklen Böhrgewande erbittet den Segen und die Gnade des Allmächtigen und zeichnet den Gläubigen mit der geweihten Palmensasse ein Kreuz auf die demütig gesenkte Stirn. In den eindringlichen Worten, die diesen feierlichen Akt begleiten, liegt ein tiefer Sinn. „Bedenke, Mensch, aus Staub bist du, und zu Staub wirst du!“ Die ersten Bibelworte sind doppelt inhaltsschwer zu einer Zeit, in der jeder Einzelne von uns am eigenen Leibe die große Not zu spüren bekommt, die über unser Volk hereinbrochen ist. Der Sinn des Mihermittwoch ist sehr ernst erfüllt, wenn wir uns nicht in Selbstanlagen und in Zerfährigung erschöpfen, sondern aus den Stunden der Selbstbefinnung neue Kräfte schöpfen und neuen Mut, es mit den tausend Widerwärtigkeiten im Leben aufzunehmen!

## Der März

Im ältesten römischen Kalender war der März oder Martius der erste Monat des Jahres. Erst durch eine spätere Kalenderreform wurde er zum dritten Monat. Bei der deutschen Landbesiedlung hat er die Namen Lenze und Frühlingsmonat erhalten. Mit dem 21. März ist die Tag- und Nachtgleiche erreicht; damit beginnt der Frühling auch kalendermäßig. Noch oft bringt der März kalte Winde und sogar noch Schnee und Eis, aber die Temperaturen steigen nun doch allgemein wieder an. An heißen Tagen ist schon deutlich zu spüren, daß die Sonne nicht allein scheint, sondern auch wärmt. Nur in den Nächten bleibt es auch nach warmen hellen Tagen noch kühl. Häufig bringt der März auch noch Nebel. Die Märzwinde sind bei der Landbesiedlung gefürchtet, weil sie allerlei Krankheiten bringen sollen. Stirbt draußen auf dem Land im März einer, so heißt es gewiß, der Märzwind habe ihm den Tod gebracht. In Deutschland gibt es wohl kaum noch einen größeren Ort mehr, der im März in der Durchschnittstemperatur noch Kältegrade hätte. Um in der Durchschnitt der Märztemperaturen noch auf Kältegrade zu stehen, muß man in Europa bereits nach Stockholm, Oslo, Leningrad und nach Island gehen. Vester wird der März auch der Lichtbringer genannt. Er ist nämlich der Monat, der die stärkste Zunahme der Tageslänge bringt. Die Zunahme macht im März 2 Stunden und 7 Minuten aus, wovon 1 Stunde und 12 Minuten auf den Morgen und 55 Minuten auf den Nachmittag kommen. Die Tageslänge machte am 28. Februar 10 Stunden und 46 Minuten aus, und sie wird am 31. März 12 Stunden und 53 Minuten betragen.

Nach den Wünschen der Landleute soll der März recht trocken sein, denn: „Ein rot Märzhaub ist einen Dufaten wert“, „Trodener März erntet des Bauern Herz“, „Märzhaub bringt goldenes Laub“, aber auch „Feuchter März ist Bauernschmerz“, „Märzregen bringt keinen Segen“. Die Viehzüchter wünschen sich vor allem keinen kalten und nassen März, weil eine solche Witterung im beginnenden Frühjahr den Lammtieren die es nun überall in der Ställen gibt, Schaden bringt. Daher sagt man auch: „Nasser und kalter März, der bricht der kalbenden Kuh das Herz.“ Der März ist vor allem die Zeit der Feldbestellung und der Aussaat. Ist die Witterung nicht ausnahmsweise ungünstig, so zeigt sich jetzt überall wieder Leben und Bewegung auf den Feldern und in den Gärten. Bei vielen Frauen gilt der 17. März, der Gertrudstag, als der Tag, an dem gewisse Gartenarbeiten beendet sein müssen, andere lassen dafür den Benediktstag gelten, den 21. März. Überall sieht man schwere Aldergäule oder Zugochsen über die Felder ziehen. An anderen Stellen wird die Sommerlaot in den Boden gebracht. Für den Jäger deutet jetzt die Zeit, da auf Schnepfen Jagd gemacht werden kann.

Erste Schwärme von Zugvögeln kommen aus dem Süden und verteilen sich überall in ihre Brutheimat. In Süddeutschland pfeift sich der Star schon sein Viehdchen und in Norddeutschland wird er auch nur noch eine geringe Zeit auf sich warten lassen. An schönen Tagen jubiliert die Lerche bereits wieder über den Feldern, schon hat bei den Vögeln der Restbau begonnen. Auch das ungeschälte Geer der Insekten ist wieder aufgewacht. Bei den Wespeln beginnt der Aufbau eines neuen Insektenstaats, die Bienen haben ihre Winterruhe hinter sich und nehmen ihre Sammeltätigkeit wieder

an, vor den noch unbelaubten Strauchern taumeln schon erste Falter in der Luft, Käfer kommen hervor. In den Gärten blüht im März der Krokus, draußen in der freien Natur stehen Erken, Weiden und Pappeln ihre Blüten hinaus, es sind die weißen Kreuzblüten des Hungerblümdchens zu sehen, das Leberblümchen zeigt seine Blüten, bald kommen auch Verdenisporn, Hungerkraut, Feigwurz, Milzkraut und die kleine Küchenschelle mit ihren Blüten hervor, es folgen Primeln, und in vielen Gegenden zeigen sich nun auch die Veilchen. Duffen erst die Veilchen an Bachrändern und hinter Hecken, hört man erst wieder Kieblie, Stare, Lerchen, so können auch kalte Märzwinde, Schnee und Eis keinen richtigen Winter mehr vortäuschen, dann haben wir die Gewißheit, daß der Frühling bereits seine Herrschaft angetreten hat.

**Ebhhausen, 1. März.** Am Montagfrüh starb in U i m im Alter von 62 Jahren Bezirkschulrat Albert Schölk. Er wurde 1871 in Ebhausen O. A. Nagold geboren und fand nach vollendetem Studium und nach Vertiefung einiger unständiger Dienststellen seine erste ständige Anstellung in Rittlingen O. A. Maulbronn als 2. Stadtpfarrer und Bezirks-Schulinspektor. Im Jahre 1914 kam er als Bezirkschulinspektor nach Dürrenz. 1924 erfolgte seine Berufung nach U i m. Hier verließ er das Amt eines evang. Bezirkschulrats für den Oberamt des Oberlandes.

**Gompelshauer, 28. Februar.** (Erdstöß.) Wie uns ein Leser mitteilt, ist in der Nacht vom Samstag auf Sonntag ein Erdstöß wahrgenommen worden, der ziemlich heftig war und von einem dumpfen Rollen begleitet war. Es handelt sich also um das Erdbeben, das auch in Herrenab und in Balingen bemerkt wurde.

**Stuttgarter, 28. Febr.** Der umgebaute Wilhelmshaus. In knapp vier Wochen ist das Cafe-Restaurant Wilhelmshaus, das bekanntlich jetzt neben dem Hindenburgbau von den Gebrüdern Greiner geführt wird, umgebaut worden. Ein gründlicher Umbau wurde vollzogen, welcher der großen Gaststätte ein ganz neues Gesicht gibt. Das Cafe-Restaurant bildet jetzt eine einzige, große, überhöhlte Fläche. Die Wände, die es vorher in vier Räume abgeteilt haben, sind gefallen. Für das Orchester hat man eine sehr wirkungsvolle Bühne geschaffen. Die Klischee an der Front der Marienstraße hat man beibehalten. Der Raum macht heute einen durchaus modernen, gediegenen, geschmacklich betriebenen Eindruck. Auch die Eingangserhältnisse wurden geändert. Auch im Billardsaal im zweiten Stock hat man einiges geändert. Der Umbau wurde von dem Erbauer des Wilhelmshaus, Saurat Früh und Architekt Alber vorgenommen. Die Innenausgestaltung besorgte H. W. Stiffhammer.

**Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg.** Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg hat bis Ende Januar im ordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 13 727 000 RM., im außerordentlichen Haushalt die Mehreinnahme 2 600 000 RM. betragen.

**Eingabe der Württ. Volksschullehrer.** Der Württ. Lehrerverein und der Kath. Lehrerverein haben an das Württ. Kultministerium eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, überall da, wo überfüllte Klassen vorhanden sind und die nötigen Schulräume und Dienstwohnungen bereitstehen, zu Beginn des neuen Schuljahres neue Stellen zu errichten und deshalb im Staatshaushalt 1933/34 die nötigen Mittelstellen anzufordern. Ferner wird gewünscht, daß die Bestimmungen des Art. 14 über den Abstellungsunterricht in vollem Umfang wieder durchgeführt und die Berechnung des Anteils der Gemeinde bei Plan- und Außerplanstellen an der Volksschule, und zwar für wissenschaftliche Lehrstellen wie für die von Hausarbeit und Hauswirtschaft, zu einem einheitlichen Durchschnittssatz (Stichmann) eingeführt wird.

**Verbot kommunistischer Umzüge.** Verschiedene Zwischenfälle bei kommunistischen Umzügen, insbesondere die Beleidigungen von Altgläubigern der Reichs- oder Landesregierungen, haben das Polizeipräsidium dazu veranlaßt, die KPD und ihre Hilfsorganisationen ernstlich zu warnen. Da trotzdem diese Ausbreitungen nicht abgelehrt wurden, hat das Polizeipräsidium alle Umzüge der KPD und ihrer Hilfsorganisationen für die nächsten Tage verboten.

**Bathingen a. B., 28. Febr. (Tränengasbombe.)** Ein Einwohner aus Eindeßingen hörte am Samstagabend das in der „Linde“ hier stattgefundene SA-Konzert durch eine Tränengasbombe, die er im Nebenraum des Gasthauses zur Entladung brachte. Der Täter konnte durch die Polizei sofort ergriffen werden.

**Böblingen, 28. Febr. (Schwäb. Bund zum Schutze kinderreicher Familien.)** Vergangenen Sonntag tagte hier der Bundesausschuß des „Schwäb. Bundes zum Schutze kinderreicher Familien“. Den Vorarbeiten ist die Tatsache zu entnehmen, daß die Lage der Kinderreichen immer trostloser wird, teilweise gerade an Verzweiflung grenzt. Die diesjährige Bundesversammlung findet am 12. und 13. August in Böblingen statt.

**Heilbronn, 28. Febr. (Die demokratische Bewegung beim Reichspräsidenten.)** Geheimrat Dr. Brudmann, der als Landesvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei wegen der nat.-soz. Störungen vom Verammlungen des Wirtschaftsministers Dr. Meier ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt hatte, bekam vom Staatssekretär Reichner die Antwort, daß der Reichspräsident das Telegramm dem Reichsminister des Innern zur Prüfung angeleitet hat.

**Gundelsheim, O. A. Redarlum, 28. Febr. (Schwäb. Union.)** Bei den Arbeiten an der Staustufe Guntendach des Redarlanals kürzte eine vier Meter hohe Mauer um und begrub den Arbeiter Nachbar aus Redarlez unter sich. Er erlitt schwere Verletzungen.

**Gmünd, 28. Febr. (Altart für Berlin.)** Für die Heilig-Geist-Kirche in Berlin-Charlottenburg hat die Gmünder Kunstgewerbliche Werkstätte einen großen Altar hergestellt. Es handelt sich um einen 7 Meter hohen in Reliefblech getriebenen Hochaltar, das fast fünf Meter hohe Reliefbild mit einer Darstellung der göttlichen Dreifaltigkeit wird rechts und links von lebensgroßen Figuren der vier Evangelisten umgeben.





**Saupheim, 28. Febr.** (Kommunisten verhaftet.) In dem Kommunistenüberfall auf den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dreher-Ulm erfahren wir, daß inzwischen neun Kommunisten, darunter zwei Frauen, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden sind.

**Ulm, 28. Febr.** (Verwarnung.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Donauwacht in Ulm ist wegen eines Artikels in der Nummer vom 27. Februar, der einen Vorstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten enthält, eine Verwarnung erteilt worden.

**Ualen, 28. Febr.** (Tod auf den Schienen.) Abends warf sich ein verheirateter Mann in der Nähe des Eisenbahnübergangs in der Gmünderstraße vor einen Güterzug. Er wurde schwer verletzt und ist im Krankenhaus gestorben. Der Verstorbenen war einige Jahre in Amerika und kam vor einem Jahr mit einem schweren Leiden zurück.

**Friedrichshafen, 28. Febr.** (Schön ist die Welt mit Geld.) So dachte wohl ein 45 Jahre alter Wanderer aus dem Sagetischen, der beim Betteln festgenommen wurde und 88 RM. mit sich führte. Ob er diesen Betrag zusammengefochten oder irgendwo entwendet hat, steht noch nicht fest.

**Jona, 28. Febr.** (Mit Gewalt in den Tod.) Ein hartnäckiger Todesstandbait war der 23jährige Sohn des Landwirts K. in Schw. unmittelbar bei Jona. Der arme, bedauernswerte und brave junge Mann brachte sich, wie schon kurz berichtet, erst mit dem Messer eine Wunde in der Brust bei, worauf er ins Krankenhaus verbracht wurde; dort sprang er von Helmhelm gepiekt aus dem 2. Stockwerk, wobei er sich anscheinend das Rückgrat verletzete, lief aber noch ins Haus, wo er sich erhängte. Der junge Mann neigte schon seit geraumer Zeit zu Schwermut.

— **Wirtschaftsminister Dr. Maier.** Von der Presseabteilung des Staatsministeriums wird mitgeteilt: In der Nummer des „NS-Kuriers“ vom 2. Februar wird unter der Überschrift „Wirtschaftsminister Dr. Maier für Württembergs Selbständigkeit? Oder alles Penkon“ mitgeteilt, der Herr Wirtschaftsminister Dr. Maier habe im Laufe der letzten vierzehn Tage ein Gespräch an das Staatsministerium gerichtet, in dem er beantragt habe, seine Eigenheit als Beamtenminister anerkennen zu wollen. Demgegenüber erfahren wir vom Staatsministerium, daß nicht nur in den letzten vierzehn Tagen, sondern überhaupt in dieser ganzen Wahlzeit und in den vorangegangenen Monaten ein solches Gespräch vom Herrn Wirtschaftsminister nicht eingeleitet, auch diese Frage an seiner amtlichen Stelle behandelt worden ist. Früher, nach der Berufung des Herrn Wirtschaftsministers, ist aus Anlaß der allgemeinen Regelung der Personalverhältnisse des Herrn Wirtschaftsministers im Wirtschaftsministerium auch die Rechtsfrage zur Erörterung gebracht worden, ob auf den Herrn Wirtschaftsminister, der bekanntlich beide juristische Staatsprüfungen abgelegt hat, auch einige Zeit in einem unabhängigen Beamtenverhältnis tätig gewesen ist, die Voraussetzungen als Beamtenminister zu treffen. Eine Entscheidung darüber ist aber von dem hierfür zuständigen Staatsministerium nicht getroffen worden, weil der Herr Wirtschaftsminister selbst wünschte, daß die Angelegenheit nicht weiter behandelt werden soll.

**Amtsantritt des neuen Regierungspräsidenten**

**Sigmaringen, 28. Febr.** Am Sonntag ist der neuernannte kommissarische Regierungspräsident Dr. Simons hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Regierungsdirektor Baldus erwartet. Am Montag mittag hatten sich die Beamten und Angestellten der Regierung im Sitzungssaal versammelt. Verwaltungsdirektor Baldus hielt den Regierungspräsidenten herzlich willkommen. Er betonte besonders die stets freundliche Weise der hohenzollernischen Bevölkerung, die jedem, der es gut mit ihr meine, bereitwillig entgegenkäme. Die Beamten und Angestellten der Regierung, so führte er weiter aus, seien bereit, wie sie es in der Vergangenheit getan hätten, auch in Zukunft ihre Pflicht zu tun. Sie bräuchten dem Regierungspräsidenten volles Vertrauen entgegen zu bringen und hätten auch um sein Ver-

trauen. Regierungspräsident Dr. Simons dankte für die Worte der Begrüßung und das ihm namens der Beamten und Angestellten der Regierung entgegengebrachte Vertrauen. Er übernehme sein Amt in einer ersten für das Schicksal unseres Vaterlandes entscheidenden Zeit. Mit harter Hand habe die nationale Regierung das Steueruder des Staatschiffes in die Hand genommen, was ihn, wie alle in der bewährten altpreussischen Beamtentradition groß gewordenen Beamten mit Freude und Zuversicht erfüllte. Gewissenhafte Pflichterfüllung und strengste Unparteilichkeit gegenüber allen Kreisen der Bevölkerung müsse Ehrenpflicht für jeden preussischen Beamten sein. Ganz besonders liege ihm auch die Pflege der althergebrachten Beziehungen zu dem hohenzollernischen Fürstenhause am Herzen, das seit Jahrhunderten aufs engste mit dem Lande verbunden sei. Zum Schluß wies der Regierungspräsident darauf hin, daß alle nationalen Kräfte sich an der Gestaltung der deutschen Zukunft beteiligen müßten. Jeder Deutsche habe wie Finanzminister von Papen ausgeführt habe, das Recht, sich national zu nennen, der das Beste wolle für sein Volk.

Aus Berlin sind jetzt die Gründe für die Zurückziehung des Regierungspräsidenten Dr. Brand bekannt geworden. Der eine Grund sind frühere Vorgänge in der Personalabteilung des preussischen Innenministeriums in der dortigen Amtszeit Dr. Brands. Der zweite Grund liegt in dem Verhalten des Regierungspräsidenten zu der Anweisung des Innenministers, die „Hohenzollernische Volkszeitung“ in Sigmaringen wegen der Veröffentlichung eines Artikels der katholischen Verbände zu verbieten. Dr. Brand sprach den Verbot nicht aus, sondern schickte ein Telegramm nach Berlin, worin er seine Bedenken geltend machte, durch das Verbot werde die überwiegend katholische Bevölkerung Hohenzollerns vor den Kopf gestoßen und die Jungens zu Preußen werde dadurch nicht gefördert. Das Verbot der Jungenszeitungen wurde zwar nicht wieder aufgenommen, doch hat man in Berlin dem Regierungspräsidenten keine Haltung verbilligt.

**Sprungläufe auf der Ruhestein-Schanze**

Zum endgültigen Abschluß der deutschen Skitage fand noch am Dienstagmittag auf der Ruhestein-Schanze ein internationaler Sprunglauf statt, mit dem gleichzeitig die Einweihung der Schanze verbunden war.

Bundesvater Dinkelacker weichte die Schanze mit einer kurzen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man sich keinen schöneren Abschluß der deutschen Skimeisterschaftstage vorstellen könne, als diese letzten Sprungläufe es seien.

Gegen 12 Uhr begannen dann die Sprungläufe. Man sah aber bereits nach den ersten beiden Sprüngen, daß die Schanze für die ganz Großen nicht geeignet war. Sie wurde daher etwas umgewandelt, und die Rißfänge waren behoben. Die schönsten gestandenen Sprünge zeigte wiederum der deutsche Sprungmeister Erich Kadenagel-Thüringen mit 43 und 41 Meter, gefolgt von Heinz-Schäfer mit 42 Meter. Den absolut weitest gestandenen Sprung zeigte der Schwabenmeister Fritz Gajler-Baiersbrunn mit 43,5 Meter, der beim zweiten Sprung leider stürzte.

Auch Emil Gajler-Baiersbrunn stand 40 und 36 Meter durch. Schermann erreichte nahezu 40 Meter, während der ehemalige Deutsche Meister Gustel Müller von offensichtlichem Hoch verfolgt war und sowohl beim Probe sprung als auch bei den anderen beiden Sprüngen stürzte.

**Die Ergebnisse:**

Es waren insgesamt 48 Teilnehmer, die höchst erreichbare Note betrug 240.

**Klasse 1:** 1. Kadenagel, Oberhofen (Thüringen), Note 226,1, Weiten 43, 41 Meter; 2. Gajler, Emil, Baiersbrunn, Note 207,6, Weiten 40, 38 Meter; 3. Scherbaum, Alsbach, Note 202,7, Weiten 39, 39,5 Meter.

**Klasse 2:** 1. Bellhart, Baiersbrunn, Note 170,7, Weiten 32, 30 Meter; 2. Günther, Ernst, Baiersbrunn, Note 169,4, Weiten 32, 31 Meter; 3. Kied, Baiersbrunn, Note 168,7, Weiten 34, 35 Meter.

**Jungmänner:** 1. Marr, Hans, Oberhof, Note 214,2, Weiten 35, 40 Meter; 2. Eberhardt, Baiersbrunn, Note 196,7, Weiten 30, 30 Meter; 3. Erich, Baiersbrunn, Note 156,1, Weiten 27, 27,5 Meter.

Im Lauf des späteren Nachmittags fand im Kurhaus Ruhestein die Siegerehrung mit der Preisverteilung statt.

**Letzte Nachrichten**

**Rundfunkrede des Reichsministers Göring zur Rotverordnung gegen die kommunistische Gefahr**

**Berlin, 1. März.** Der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, spricht am Mittwoch, 1. März, abends halb 8 Uhr im Auftrag der Reichsregierung über alle deutschen Sender zu der Rotverordnung der Reichsregierung vom 28. Februar gegen die kommunistische Gefahr.

**Dem Sozialdemokratischen Pressedienst die Rundfunkkonzession entzogen**

**Berlin, 28. Februar.** Dem Sozialdemokratischen Pressedienst ist die Konzession zur Führung von Presse-Rundfunkgesprächen entzogen worden, so daß der Sozialdemokratische Pressedienst nicht mehr durch Radio geliefert werden kann.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, soll diese Maßnahme darauf zurückzuführen sein, daß der Sozialdemokratische Pressedienst in seinen Radiogesprächen auch rein für das Publikum bestimmte Sensationsmeldungen verbreitet habe, die in den Zeitungen gar nicht verwandt worden seien.

**Kommunistische Verwirrungsgerüchte in verschiedenen Teilen Deutschlands**

**Berlin, 28. Februar.** In verschiedenen Teilen Deutschlands tauchten im Laufe des Dienstags Gerüchte über neue große Brände auf, deren Quelle nicht feststellbar war.

So wurden in Berlin im Laufe des Nachmittags eine Reihe von Redaktionen angerufen, und es wurde ihnen mitgeteilt, daß das Rathaus Schöneberg in Flammen stehe. In anderen Stellen wurde wiederum das Schloß Charlottenburg genannt. Ferner war das Gerücht verbreitet, daß in Stuttgart das Landtagsgebäude von Kommunisten in Brand gesteckt worden sei. Diese Gerüchte trugen vielfach zur Beunruhigung der Bevölkerung bei. Selbstverständlich ergab sich in kurzer Frist in allen Fällen die Unwahrheit der Berichte. Der Bevölkerung wird empfohlen, die Polizeibeamten auf Personen aufmerksam zu machen, die zu Zerkleinerungszwecken offensichtlich falsche Gerüchte in Umlauf setzen.

**140 KPD-Funktionäre in Hannover festgenommen**

**Hannover, 28. Februar.** Bei kommunistischen Funktionären wurden größere Durchsuchungen durchgeführt. 140 Funktionäre der KPD sind in Schutzhaft genommen worden. Zahlreiches Druckmaterial wurde beschlagnahmt und wird zur Zeit noch gesichtet.

In Bielefeld wurden die Redaktionsräume der sozialdemokratischen Bielefelder „Volksmacht“ besetzt. Das Haus wurde nach belästigendem Material durchsucht und die Türen verriegelt.

**Das Wifener Sägewerk niedergebrannt**

**Wifsen, 1. März.** Um 23 Uhr war das gesamte Wifener Sägewerk niedergebrannt. Die Gefahr einer Explosion der Kesselanlage ist beseitigt, da es gelang, sämtliche Ventile zu öffnen. Der durch den Brand verursachte Schaden beträgt weit über 100 000 Mark.

**Geförden**

**Grüntal:** Eugen Rehger, Lehrers-Sohn.  
**Stammheim:** Ernst Schilling, 56 Jahre alt.

**Wetter für Donnerstag**

Bei Großbritannien befindet sich ein Tiefdruckgebiet, im Nordosten Hochdruck. Für Donnerstag ist zwar mehrfach bedecktes, aber höchstens zu leichteren Niederschlägen geneigtes mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig  
Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

**Hühneraugen**



**Hornhaut, Schwiele und Warzen** beseitigt schnell, sicher und schmerzlos  
**Kuktrol**  
Bei Fußschmerzen, Deinen, Wundläusen und Anoschwelungen hilft das Kuktrol-Fußbade-Salz. Beide Präparate jetzt in der neuen Notopfer-Packung zu geringem Ausnahmepreis in fast allen Apotheken und Drogerien erhältlich.  
Garantierter Erfolg oder Geld zurück.

**Komm. u. Sonntag**  
**5 Himmetkampf**  
im Langlauf in 3 Altersklassen. Beteiligung offen für jedermann.  
Anmeldung bis spätestens **morgen Abend.**  
Schwarz Krapp.

**Schreinerlehrlings-Gesuch**

Unterzoener Junge findet auf's Fröhliche in einer kleinen Möb.-W.-Kl. bei Kost und Logis günstige Verhältnisse.  
Kunst übermitteln die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ziehung 14. März  
Die beliebte Frühjahrs-**Geld-Loterie**  
3333 Geldegewinne Mark  
**12000**  
L. u. 3000  
L. u. 1000  
L. u. 1000  
Los 1 M. 12 Lose 12 M.  
Porto u. Liste 0,75, mehr  
J. Schwabkopf, Stuttgart  
Marktstr. 6 - Postkonto 29 55  
erweiterte Vertriebsstellen

Altensteig.  
**Tausche**  
Schnittware gegen  
Dehnd und Heu.  
Fr. Scherz z. „Löwen“

**Zur Konfirmation reizende Kleider billig**  
**Berner**  
Pforzheim  
Metzgerstrasse

**Inserate**  
erbiten wir uns frühzeitig

**Für das Mahn- und Klageverfahren**

**Klageschriften**

an das Amtsgericht

- Gesuche um Zahlungsbefehl
- Zahlungsbefehle (Ausfertigung)
- Gesuche um Vollstreckungsbefehl
- Anträge auf Forderungspfändung
- Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides
- Formulare für Wechselprozeß
- Forderungsanmeldung in Konkursfachen

sind zu haben in der

**Buchhandlung Lauf**  
in Altensteig und Nagold.

Berned.  
Eine **Ruh**  
(gerodhnt), unter 2 die Wahl, verkauft  
Weil, Baumwart.

**Verloren**  
Am Sonntag abend ging eine Pferdebede von Neumiller bis Imetenberg verloren. Der Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben oder Mitteilung an das Gasth. z. Adler in Neumiller zu machen.

